

N I E D E R S C H R I F T

zur 10. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Montag, den 25.06.2012.

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:35 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch (ab 19.13 Uhr), Siegfried Koch, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Heijo Hoß, Rainer Pfeffer, Elisabeth Wege

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Manfred Möller

SPD-Fraktion

Karl-Heinz Kraft

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Winfried Laucht

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Reinhard Karber (ab 19.50 Uhr), Andreas Tauche, Reiner Sauer, Kurt Wenz, Helmut Wenz

Entschuldigt fehlten:

Stefan Bug, Frank Dieffenbach, Alexander Steiß, Helge Fuhr

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Einführung der gesplitteten Abwassergebühr;
hier: Satzungsrechtliche Voraussetzungen
10/11/2012/11-16 1. Ergänzung**
4. **Einführung der gesplitteten Abwassergebühren;
hier: Festlegung der Faktoren der einzelnen Versiegelungsarten für die
Versiegelungskartierung
10/6/2012/11-16**
5. **Vergabe der Konzession für das Gasverteilernetz in der Gemeinde Weimar
(Lahn);
hier: Festlegung der Entscheidungskriterien für die Vergabe und deren
Gewichtung
10/13/2012/11-16**
6. **Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 zur Gründung einer
Solarenergie-Genossenschaft
10/12/2012/11-16**
7. **Antrag der Fraktion 90 / Die Grünen Weimar vom 10.06.2012 zur Betreuung
von unter 3-Jährigen
11/25/2012/11-16**
8. **Anfragen**
 - 8.1. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 hinsichtlich durchgeführter
Verkehrsmessungen
31/5/2012/11-16**
 - 8.2. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 hinsichtlich Erneuerung des
Bahnhofs Niederwalgern
20/6/2012/11-16**
 - 8.3. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 hinsichtlich der
Friedhofserweiterung im Ortsteil
Niederweimar
41/12/2012/11-16**
 - 8.4. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.06.2012 hinsichtlich baulicher Anlagen
gem.Fäkalschlammfassung und weiterer Abwasseranlagen
10/14/2012/11-16**
 - 8.5. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.06.2012 hinsichtlich Brauchwassernutzung,
Fremdwasser in Misch- und Abwasserkanälen und Einleitung von
Regenwasser in Oberflächengewässer
10/15/2012/11-16**
9. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 19.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie als Vertreter der Presse, Herrn Agricola.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 19 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Er gratulierte nachfolgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag: Frau Erika Zeman, Herrn Karl-Heinz Kraft, Herrn Rainer Sauer und Herrn Reinhard Karber, verbunden mit den Wünschen für beste Gesundheit.

2. Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters

Datum GVO-Sitzung	TOP	Thema
10.05.2012	8	Beschluss, der Jagdgenossenschaft Allna den anteiligen Gemeindegeldzuschuss von 25% für den Ausbau von zwei Feldwegen zu gewähren.
	9	Beschluss, dem Abweichungsantrag einer geplanten Wohnhauserweiterung in Niederweimar, Kiefernweg , zuzustimmen. Der geplante Carport wird mit einem Mindestabstand von 1 m zur Grenze errichtet.
	10.1	Beschluss, für das Ferienspielgelände im OT Roth einen Trinkwasseranschluss herstellen zu lassen.
24.05.2012	6	Beschluss, den Auftrag zur Erweiterung der Abwasserleitung in der Ortslage Roth an die Fa. Grün u. Scherer zu erteilen

3. Einführung der gesplitteten Abwassergebühr; hier: Satzungsrechtliche Voraussetzungen

Drucksache: 10/11/2012/11-16 1. Ergänzung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, erklärte, dass im Vorfeld mit den Fraktionen besprochen war, diesen Tagesordnungspunkt ohne Diskussionen zu verlassen und das Thema erneut in der Parlamentssitzung nach der Sommerpause aufzugreifen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

4. Einführung der gesplitteten Abwassergebühren; hier: Festlegung der Faktoren der einzelnen Versiegelungsarten für die Versiegelungskartierung

Drucksache: 10/6/2012/11-16

Hier berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Heijo Hoß:

In der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 23.05.2012 sei zunächst Bezug genommen worden auf die Informationsveranstaltung in Cölbe und auf den Vortrag des Herrn Kohlleppe, so der Vorsitzende, Herr Heijo Hoß.

Man habe sich darauf verständigt, dass es sinnvoll sei, eine einfache Verfahrensweise mit möglichst wenigen Versiegelungsarten anzustreben. In der Diskussion habe Herr Rabenau von der SPD-Fraktion vorgeschlagen, das Faltblatt der Gemeinde Ebsdorfergrund als Grundlage für eigene Informationsmaterialien zu nutzen. Darüber hinaus habe die SPD-Fraktion im Ausschuss erklärt, dass sie mit den vorgeschlagenen Erhebungsfaktoren einverstanden seien, habe sich jedoch in der Sitzung dagegen ausgesprochen, da die Satzung noch nicht vorliege. Herr Laucht von der FBW-Fraktion und Herr Nowak von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten im Ausschuss dafür plädiert, dass die Faktoren zeitnah umgesetzt werden sollten, um einen Zeitverlust zu vermeiden.

Herr Rabenau (SPD-Fraktion) erklärte, dass die von seiner Fraktion vorgetragenen Bedenken fraktionsübergreifend beraten und ausgeräumt werden konnten. Dafür bedanke er sich noch einmal ausdrücklich. Den vorgetragenen Erhebungsfaktoren werde seine Fraktion zustimmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses verlas sodann die beschlossene Formulierung des Beschlusses:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, im Vorgriff auf die Neufassung der Entwässerungssatzung folgende Erhebungsfaktoren für die versiegelten Flächen verbindlich festzulegen:

A. Dachflächen

- | | |
|------------------------------------|----------------------|
| 1. geneigte Dächer und Flachdächer | Erhebungsfaktor: 1,0 |
| 2. Kiesdächer / Gründächer | Erhebungsfaktor: 0,5 |

B. Befestigte Grundstücksflächen

- | | |
|---|----------------------|
| 1. vollversiegelte Flächen mit Fugenverdichtung | Erhebungsfaktor: 1,0 |
| 2. teilversiegelte Flächen | Erhebungsfaktor: 0,5 |
| 3. schwachversiegelte Flächen | Erhebungsfaktor: 0,2 |

Bei der Ermittlung bebauter und künstlich befestigter Grundstücksflächen bleiben solche Flächen ganz oder teilweise außer Ansatz, von denen dort anfallendes Niederschlagswasser in Zisternen oder ähnlichen Vorrichtungen (Behältnissen) zum Auffangen von Niederschlagswasser mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 m³ gesammelt und auf dem Grundstück –insbesondere zur Gartenbewässerung und als Brauchwasser (zur Toilettenspülung, zum Betreiben von Waschmaschinen etc.)- verwendet wird, und zwar bei den vorstehend genannten Vorrichtungen

1. Ohne direkten oder mittelbaren Anschluss an die Abwasseranlage:
Die hierüber entwässerten Flächen in vollem Umfang.
2. Mit einem Anschluss an die Abwasseranlage und bei Verwendung des Niederschlagswassers als Brauchwasser sowie zur Gartenbewässerung:
Diejenige Fläche, die sich aus der Division des Zisterneninhaltes (in

Kubikmetern) durch 0,10 ergibt.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

5. Vergabe der Konzession für das Gasverteilernetz in der Gemeinde Weimar (Lahn);

hier: Festlegung der Entscheidungskriterien für die Vergabe und deren Gewichtung

Drucksache: 10/13/2012/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Hoß, berichtete, dass Bürgermeister Eidam in der Sitzung den Sachverhalt erläutert habe. Die Vorgehensweise sei mit den Nachbarkommunen Fronhausen und Lohra sowie mit dem beratenden Ingenieurbüro abgestimmt worden. Auf die Frage nach der Höhe der jährlichen Konzessionszahlung sei ein Betrag von ca. 10.000,-- bis 12.000,-- € genannt worden.

Der Ausschuss, so Herr Hoß, empfehle der Gemeindevertretung die nachstehend formulierte Beschlussfassung:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, nachfolgende Entscheidungskriterien nebst deren Gewichtung für die Vergabe des Wegenutzungsvertrages für das Gasverteilernetz im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde Weimar (Lahn) aufzustellen:

Kriterium	Gewichtung/%
Wirtschaftliche Kriterien	10
Bürgernutzen	20
Umweltengagement	15
Einflussmöglichkeit	20
Endschaftsregelungen	30
weiche Faktoren	5

Die Entscheidungskriterien nebst Gewichtung sind den Bewerbern zeitnah, verbunden mit der Aufforderung, ein hierauf abgestimmtes Angebot für die Wegenutzung für das Gasverteilernetz in der Gemeinde Weimar (Lahn) zu unterbreiten, zu übersenden.

Die Ergebnisse werden der Gemeindevertretung in Vorbereitung der Entscheidungsfindung vorgelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig

6. Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 zur Gründung einer Solarenergie-Genossenschaft

Drucksache: 10/12/2012/11-16

Herr Rolf Hintermeier (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Um die Solarenergie in der Gemeinde Weimar (Lahn) weiter zu nutzen, wird der Gemeindevorstand beauftragt zu prüfen, inwieweit die Kommune im Rahmen der

Hessischen Gemeindeordnung als Initiator zur Gründung einer Solarenergie-Genossenschaft beitragen kann.

Zur Begründung führte Herr Hintermeier aus, dass die Gemeinde Weimar (Lahn) unter den Vorgaben der Hessischen Gemeindeordnung einen entscheidenden Beitrag für den erfolgreichen Start einer Solarenergie-Genossenschaft liefern könne, auch indem sie als oder zusammen mit Experten die notwendigen Vorarbeiten leiste und durch Veranstaltungen informieren könne. Die Kommune könne also nicht nur ideelle, sondern insbesondere infrastrukturelle Unterstützung leisten.

Um maßgeblich zum Erfolg der Energiegenossenschaft beizutragen, könnte die Kommune die gemeindlichen Dachflächen der Genossenschaft vermieten. Dadurch unterstütze die Gemeinde das Engagement der Bürger ohne großen finanziellen Aufwand.

Die Bürgerbeteiligung an einer Solarenergie-Genossenschaft fördere das Erreichen des Klimazieles des Kreises für 2040, alle benötigten Energien aus erneuerbaren Quellen in der Region zu produzieren, sie erhöhe die Wertschöpfung vor Ort und beschleunige die Energiewende in unserer Region.

Herr Christian Fischer (FDP) erklärte, dass er grundsätzlich Prüfanträge befürworte, man sich jedoch im Klaren darüber sein müsse, dass eine Prüfung nicht immer das positive Ziel als Ergebnis bringe, sondern durchaus auch ein negatives Ergebnis entstehen könne. Gerade im Bereich Energiewende und Solarenergie sehe er das Thema sehr kritisch, werde jedoch den Antrag unterstützen, um dann evtl. auch feststellen zu können, dass das genau nicht der Weg zum Ziel sei.

Die Gemeindevertretung beschließt den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Solarenergie-Genossenschaft wie folgt:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, zu prüfen, inwieweit die Kommune im Rahmen der Hessischen Gemeindeordnung als Initiator zur Gründung einer Solarenergie-Genossenschaft beitragen kann, um die Solarenergie in der Gemeinde Weimar (Lahn) zu nutzen.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

7. Antrag der Fraktion 90 / Die Grünen Weimar vom 10.06.2012 zur Betreuung von unter 3-jährigen

Drucksache: 11/25/2012/11-16

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) stellte den Antrag ihrer Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine altersgemischte Gruppe für Kinder unter 3 Jahren im Grundschulbezirk der Grundschule Fronhausen einzurichten. Zur Begründung führte Frau Schneider aus, dass ab dem 01.08.2013 Kinder schon ab Vollendung des 1. Lebensjahres bis zum 3. Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege haben werden. 1/3 der neuen Plätze solle im Bereich der Kindertagespflege geschaffen werden. Damit werde auch ein Ausbau in der Gemeinde Weimar nötig.

Um den Kindern die Möglichkeit zu bieten, mit anderen Kindern aus dem gleichen Ortsteil die Kindertagesstätte und später die Grundschule zu besuchen,

halte ihre Fraktion es für sinnvoll, dass auch im Grundschulbezirk der Grundschule Fronhausen ein Betreuungsangebot für unter 3-Jährige bereitgehalten werde. Das Hessische Bildungs- und Betreuungsgesetz sehe eine Zusammenarbeit und Verzahnung zwischen den Kindertagesstätten und Grundschulen vor. Dafür sei ein Besuch der Kindertagesstätte im Grundschulbezirk notwendig. Um Einrichtungswechseln vorzubeugen, sollte im Grundschulbereich der Grundschule Fronhausen bereits die Betreuung unter 3-Jähriger realisiert werden.

Im Zusammenwirken mit der Fachaufsicht für Kindertagespflege sollten die Vor- und Nachteile der beiden Kindertagesstätten in Roth und Niederwalgern abgewogen und in einer der Einrichtungen die Voraussetzungen für die Aufnahme unter 3-Jähriger zeitnah geschaffen werden.

Frau Schneider bat, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zu überweisen.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) erklärte, dass seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde. Es gebe einen Haushaltskonsolidierungsausschuss, so Herr Heuser, der sich auch mit dem Thema der Kinderbetreuung zu beschäftigen habe. Daher sollte dem Thema nicht vorgegriffen, sondern das Ergebnis der Prüfung bezüglich der Konsolidierung abgewartet werden. Seine Fraktion sei grundsätzlich für den Ausbau und die gesetzliche Erfüllung der Vorgabe bezüglich der Betreuung, auch der unter 3-Jährigen, jedoch würden hier unter Umständen Sachverhalte zementiert, die in dem Haushaltskonsolidierungsausschuss erarbeitet werden sollen.

Herr Heijo Hoß (CDU) betonte die Wichtigkeit dieses Themas, daher stelle er den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) führte weiter aus, dass nach ihrer Meinung der Haushaltskonsolidierungsausschuss nicht das richtige Gremium zur Beratung sei, da dieser hinter verschlossenen Türen tage und ein solches Thema in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollte. Natürlich könne das Thema auch in dem Konsolidierungsausschuss besprochen werden, aber der richtige Ausschuss sei nun mal eben der Sozialausschuss.

Herr Stephan Wenz (SPD) erklärte, dass aufgrund der Erhebung über die zukünftig benötigten Plätze, verbunden mit dem Thema „Demographischer Wandel“ eine Gehrichtung bisher nicht festgelegt wurde. Seine Fraktion werde daher den Antrag unterstützen und halte eine Beratung im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport für angemessen.

Herr Christian Fischer (FDP) erklärte ebenfalls, dass ein solches Thema in der Öffentlichkeit zu diskutieren sei, obwohl der Konsolidierungsausschuss sich natürlich auch mit einem solchen Thema zu befassen habe.

Ein weiterer Vorschlag von ihm sei, sich wieder einmal mit der Aufteilung der Grundschulbezirke zu beschäftigen und der entsprechenden Zuordnung zu den Kindergarteneinzugsgebieten.

Bürgermeister Eidam erklärte zu dem Thema, dass bereits im Januar d.J. ein Termin mit der Kindergartenfachberatung des Landkreises Marburg-Biedenkopf stattgefunden habe.

Die Kindergärten Roth und Niederwalgern seien auf die Möglichkeit der Einrichtung einer U3-Gruppe geprüft worden mit der Feststellung, dass es im

Kindergarten Roth grundsätzlich möglich wäre, eine U3-Betreuung einzurichten. Allerdings seien bauliche Veränderungen notwendig. Im Kindergarten Niederwalgern seien die räumlichen Voraussetzungen grundsätzlich besser. Evtl. biete sich das derzeit privat genutzte Wohnhaus für die Erweiterung und Unterbringung einer U3-Gruppe an. All diese Möglichkeiten könnten, sofern eine Überweisung in den Ausschuss erfolge, dort beraten und besprochen werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehend genannten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Gemeindevorstand zu beauftragen, eine altersgemischte Gruppe für Kinder unter 3 Jahren im Grundschulbezirk der Grundschule Fronhausen einzurichten, zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zu überweisen.

Beratungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen

8. Anfragen

Schriftliche Anfragen:

8.1. Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 hinsichtlich durchgeführter Verkehrsmessungen

Drucksache: 31/5/2012/11-16

Die Anfrage der SPD-Fraktion lautete wie folgt:
Im Ortsteil Wenkbach wurden in der Marburger Straße Verkehrsmessungen durchgeführt:

1. In welchen weiteren Ortsteilen der Gemeinde erfolgten gleichgelagerte Erhebungen?
2. Welche konkreten Handlungsansätze bezüglich Einleitung verkehrssichernder und beruhigender Maßnahmen haben sich für den OT Wenkbach ergeben?

Bürgermeister Eidam antwortete zu 1:

Gleichgelagerte Erhebungen seien in Niederweimar in der Herborner Straße durchgeführt worden.

Nachdem von Seiten der Gemeinde mit dem Verkehrszähl- und -messgerät Zählungen und Messungen durchgeführt wurden, fand bezüglich der beabsichtigten, geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahme ein Ortstermin mit der Straßenverkehrsbehörde statt. Dabei wurde vereinbart, dass „Hessen mobil“ eine weitere Messung in der 26. Woche durchführen wolle. Sobald dieses Ergebnis vorliege, werde kurzfristig ein weiteres Gespräch stattfinden.

Herr Stephan Wenz erinnerte an den Antrag seiner Fraktion auf Reparatur der gemeindeeigenen Messtafeln und fragte an, ob dies erledigt sei.

Bürgermeister Eidam antwortete, sich danach zu erkundigen und Herrn Wenz zu informieren. Bezüglich Niederweimar werde noch mal eine Messung hinsichtlich der Nachvollziehbarkeit der Verkehrsströme vorgenommen, um einen Vergleich nach Öffnung der Ortsumgehung vornehmen zu können.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8.2. Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 hinsichtlich Erneuerung des Bahnhofs Niederwalgern

Drucksache: 20/6/2012/11-16

Die Anfrage der SPD-Fraktion lautete wie folgt:

An der Technischen Hochschule Mittelhessen beschäftige man sich z.Z. mit dem Thema „Erneuerung des Bahnhofs Niederwalgern“, insbesondere hinsichtlich baulicher Maßnahmen zur Zeitersparnis beim Ein- und Aussteigen sowie dem schnelleren Durchfahren des Haltepunktes.

1. Inwieweit sind der Gemeinde konkrete Planungen bekannt?
2. In welchem Zeitraum ist mit deren Umsetzung zu rechnen?
3. Welche weiteren Fahrpläneinschränkungen sind aufgrund des o.a. Schwerpunktes für unsere Gemeinde zu erwarten?

Bürgermeister Eidam erläuterte hierzu, dass eine Projektgruppe der Technischen Hochschule Mittelhessen, die von Prof. Lademann betreut werde, eine Diplomarbeit mit dem Thema „Infrastruktur und Ausbau des Bahnhofs Niederwalgern“ erstellt habe. Dies sei in Absprache mit der Deutschen Bundesbahn geschehen. Er habe mit Prof. Lademann Kontakt gehabt und die Information erhalten, dass die Projektarbeit gerade in der Bewertung sei. Verwertbare Ergebnisse könnten der Gemeinde dann zur Verfügung gestellt werden.

Zu den Fragen 1 bis 3 führte Bürgermeister Eidam aus, dass bereits am 15.06.2011 auf Einladung des RMV eine Informationsveranstaltung zu dem Thema „Rahmenvereinbarung zur Modernisierung von Stationen in Hessen, unter Mitwirkung der Kommunen“ stattgefunden habe.

Danach seien in Niederwalgern folgende Maßnahmen vorgesehen:

Neubau der Bahnsteige,

Neubau der Beleuchtung und

Neubau Bahnsteigausstattung inkl. Wetterschutz.

Bezüglich der voraussichtlichen Finanzierung habe die DB-Station u. Service AG folgende Informationen gegeben:

Gesamtwerteumfang der Projekte 2.075.000,-- €, davon Leistungs- und

Finanzierungsvereinbarung 1.286.000,-- € und

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz 788.000,-- €.

Laut der Informationsveranstaltung soll mit den Umbaumaßnahmen im Jahre 2015 begonnen werden.

Zu dem Thema „Haltestelle in der Gemeinde Weimar“ finde am 26.06.2012 eine Verbandsversammlung des RMV statt. Das Ergebnis bleibe abzuwarten.

Bürgermeister Eidam führte weiter aus, dass mit Schreiben vom 02.09.2011 die DB-Service-Immobilien GmbH einen Lageplan vom Gelände des Bahnhofs Niederwalgern gesendet und nachgefragt habe, ob Kaufinteresse für ca. 15.000 m² bestehe. Dieses Interesse habe die Gemeinde umgehend bekundet. Leider liege bis heute das angekündigte Angebot nicht vor.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8.3. Anfrage der SPD-Fraktion vom 22.05.2012 hinsichtlich der Friedhofserweiterung im Ortsteil Niederweimar

Drucksache: 41/12/2012/11-16

Die schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion lautete wie folgt:

Bis auf die Mitteilung aus dem Gemeindevorstand zur Auftragsvergabe der Baugrunduntersuchung am 03.05. zur Gemeindevertreterversammlung sei in den letzten Jahren die Friedhofserweiterung in Niederweimar nicht im Parlament und

ebenso wenig in den Ausschüssen behandelt worden.

Seine Fraktion bitte daher um Auskunft über den Stand der Erweiterung:

1. Mit welchen Annahmen wird eine Erweiterung zum jetzigen Zeitpunkt begründet?
2. Aus welchen Gründen wird der nördliche Teil des Friedhofsflurstückes mit über 3.000 m² für Bestattungen nicht genutzt und abgelaufene Grabstätten nach der Liegefrist nicht geräumt?
3. Wie hoch ist die Anzahl der noch freien Grabstätten inkl. derer mit abgelaufener Liegefristen und bis wann ist das jetzige Friedhofsgelände voraussichtlich vollständig ausgenutzt?
4. Welche Kosten werden für die Erweiterung veranschlagt und wann fallen diese an?
5. Ist ggf. an eine felderweise Erweiterung gedacht?

Bürgermeister Eidam führte hierzu Folgendes aus:

Die Erweiterung wird notwendig, da nicht mehr genügend freie Grabstätten zur Verfügung stehen.

Sollte mit der Anfrage die Stelle nördlich hinter dem Parkplatz gemeint sein, so bleibe festzustellen, dass diese infolge bestehender Bäume und Wurzeln ungeeignet ist. Auf dem vorhandenen Urnenfeld abwärts dürfen laut Gesundheitsamt nur Urnen beigesetzt werden.

Derzeit gibt es noch ca. 10 Doppelgräber, 12 Einzelgräber und etwa 9 Urnengräber. Voraussichtlich bis etwa Mitte 2013 wird der vorgehaltene Platz erschöpft sein.

Die Erweiterung soll in insgesamt 2 Bauabschnitten erfolgen. Für den 1.

Bauabschnitt belaufen sich die Kosten auf rd. 40.000,- €

Es wird eine feldweise Erweiterung der Friedhofsanlage vorgenommen.

Bürgermeister Eidam erklärte weiter, dass in den nächsten 6 bis 8 Monaten mit etwa 20.000,- € Ausgaben zu rechnen sei.

Herr Siegfried Koch (SPD) bat zu prüfen, ob die Baum- und Gehölzfläche nicht zumindest für Urnenbestattungen zugelassen werden könne.

Frau Martina Klein (FBW) ergänzte, dass die Nachfrage nach Wiesengräbern sehr stark sei und kaum noch erwerbsfähige Flächen vorhanden seien. Es mache also keinen Sinn, eine Vielzahl von Urnengrabflächen anzubieten, wenn z.B. Wiesengräber nachgefragt seien.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8.4. Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.06.2012 hinsichtlich baulicher Anlagen gem. Fäkalschlammsatzung und weiterer Abwasseranlagen

Drucksache: 10/14/2012/11-16

Die schriftlichen Anfragen der SPD-Fraktion lauteten wie folgt:

1. Hinsichtlich der Fäkalschlammsatzung:

Auf Vorschlag der Gemeindeverwaltung wäre zu prüfen, ob alle Satzungen zum Thema Abwasser sinnvollerweise zur Vereinfachung zusammengefasst werden können. Hierunter falle auch die Fäkalschlammsatzung. Um sich eine Übersicht zu verschaffen, sei es hilfreich, einen Überblick über den Umfang zu erhalten. In diesem Zusammenhang bat die SPD-Fraktion um Beantwortung folgender Anfragen:

1. In welchen Ortsteilen der Gemeinde und wo werden entsprechende Anlagen betrieben?
2. Befinden sich diese Anlagen in einem ordentlichen, den aktuellen gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Zustand?
3. Welche Entfernung wäre zu überbrücken, um diese Anlagen an das öffentliche Abwassernetz anzuschließen und welche Hinderungsgründe liegen vor, dass dies bisher noch nicht geschehen ist?

Hinsichtlich weiterer baulicher Abwasseranlagen und Notausläufe:
Als Teil der Mischwasserkanalisation werden Notüberläufe in die Kanalisation eingebaut. Die Einleitung von Regen und Abwasser in Oberflächengewässern stellen sich aber nicht selten als umweltbelastend dar und eine regelmäßige Überprüfung und Wartung ist daher zwingend notwendig.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo befinden sich im Gemeindegebiet solche Überläufe und wie wird der derzeitige bauliche Zustand bewertet?
2. In welchen zeitlichen Intervallen werden diese Anlagen überprüft und gewartet und wann fanden diese Überprüfungen und Wartungen letztmalig statt?

8.5. Anfrage der SPD-Fraktion vom 11.06.2012 hinsichtlich Brauchwassernutzung, Fremdwasser in Misch- und Abwasserkanälen und Einleitung von Regenwasser in Oberflächengewässer

Drucksache: 10/15/2012/11-16

Hinsichtlich der Brauchwassernutzung mit anschließender Entsorgung über die öffentliche Entsorgungskanäle:

In welchem Umfang wird derzeit Regen-/Grundwasser als Brauchwasser im Gemeindegebiet mit abschließender Entsorgung über die öffentlichen Kanäle eingesetzt und wie wird dies in der Verwaltung behandelt?

Hinsichtlich des Eindringens/Einleitens von Fremdwasser in Misch- und Abwasserkanäle:

Wie hoch ist der derzeitige Fremdwasseranteil (Grund-, Bach- oder Drainagewasser usw.) aus dem Gemeindegebiet, der den Kläranlagen zusammen mit dem Abwasser zugeführt wird?

Hinsichtlich Einleitung von Regenwasser/Grundwasser in Oberflächengewässer:

In Zeiten immer häufiger werdenden extremen Niederschlägen und im Hinblick auf den Hochwasserschutz ist es wichtiger denn je, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um diese Hochwassergefährdung zu minimieren. Aus diesem Grund erscheint es wichtig, möglichst viel Regenwasser den direkten Zufluss in Oberflächengewässer zu vewehren bzw. mit teilweise enormen öffentlichen Kosten im Rahmen des Hochwasserschutzes bauliche Maßnahmen zu ergreifen. In diesem Zusammenhang wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

In welchen Ortschaften der Gemeinde wird in welchem Umfang Oberflächen-/Grundwasser (aus Brunnenanlagen usw.) und geklärtes Abwasser in welches Gewässer gem. den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen eingeleitet und in wieweit sind evtl. erweiterte Regenrückhaltemaßnahmen dafür erforderlich?

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass es aufgrund der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei, diesen umfangreichen Fragenkatalog zu beantworten. Die zuständige Sachbearbeiterin habe schon einige Daten zusammengetragen, allerdings noch nicht komplett zusammengestellt.

Sobald das geschehen sei, werde eine schriftliche Beantwortung der Fragen erfolgen.

Mündliche Anfragen:

1. Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) führte aus, dass er die aufsichtsbehördliche Genehmigung zum Haushalt 2012 vorliegen habe. Nach § 28 der Gemeindehaushaltsverordnung sei die Gemeindevertretung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Bis 31. August 2012 wolle die Aufsichtsbehörde über die Erledigung dieser Berichtspflicht informiert werden.
Er wolle wissen, bis wann die Gemeindevertretung entsprechend informiert werde.
Bürgermeister Eidam erklärte, dass der Gemeindevertretung der Bericht vorgelegt und die Aufsichtsbehörde entsprechend informiert werde.
2. Herr Heijo Hoß (CDU) führte aus, dass in der Niederschrift vom 06. Juni 2012 über eine Ortsbeiratssitzung des Ortsbeirates Niederwalgern zu lesen sei, dass die Wochenstunden der Saisonkraft auf 20 Stunden angehoben wurden.
Bürgermeister Eidam antwortete hierauf, dass insgesamt das Thema Grünflächenpflege derzeit neu strukturiert werden solle. Dieser Saisonmitarbeiter sei zwar größtenteils für den OT Niederwalgern tätig, entlaste den gemeindlichen Bauhof allerdings auch noch in anderen Arbeiten.
Herr Matthias Happel (CDU) fragte, ob für den Mitarbeiter in Niederwalgern eine halbe Stelle geschaffen worden sei. Dies wurde von Bürgermeister Eidam verneint, es handele sich hier um einen befristeten Arbeitsvertrag.
3. Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) führte aus, dass in der Haushaltsgenehmigung 2012 die Eröffnungsbilanz 2009 erwähnt sei, die dort im Entwurf vorliege. Dabei werde darauf hingewiesen, dass die Abschlussarbeiten an der Eröffnungsbilanz 2009 und die Abschlussarbeiten unverzüglich zu erfolgen haben.
Bürgermeister Eidam antwortete, dass weitere Abschlussarbeiten an der Eröffnungsbilanz vorgenommen werden und inzwischen sei ein Prüfungstermin beantragt und für September 2012 zugesagt worden.

9. Verschiedenes

1. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, bat den Vorsitzenden des Ausschusses für Bau, Planen, Umwelt und Energie, Herrn Hans J. Heuser, um einen kurzen Bericht von der letzten Bauausschusssitzung, bei der verschiedene Ortstermine wahrgenommen wurden.
Zunächst sei man im Baugebiet „Am roten Weg“ gewesen, habe sich den Baufortschritt angeschaut und sich über die Möglichkeit einer Baugebietserweiterung informiert, so Herr Heuser.
Des Weiteren habe man sich die Fläche vom Ortseingang von Wolfshausen angeschaut, die entstanden sei durch den Rückbau der B3, wobei der vordere Bereich der Fläche als Gewerbegebiet und der hintere als

Multifunktionsplatz für den Ortsteil genutzt werde. Die ersten Arbeiten hierzu seien bereits geleistet worden. Wunsch des Bürgervereins Wolfshausen sei, so Herr Heuser, dass für diese Fläche recht schnell Baurecht geschaffen werden sollte.

Auch den Retentionsraum habe sich der Ausschuss angeschaut. Der dritte Besichtigungsort sei die Fläche der zukünftigen Zeiteninsel gewesen. Hier habe Bürgermeister Eidam umfassende Informationen gegeben. Das Gelände an sich sei sehr imposant, wobei sicherlich in Zukunft noch viele Unwägbarkeiten, wie Finanzierung, Betreibung usw. geklärt werden müssten.

Insgesamt sei die Besichtigungstour sehr sinnvoll und interessant gewesen und man sei sich einig gewesen, künftig etwa einmal jährlich eine Wiederholung stattfinden zu lassen.

Bürgermeister Eidam ergänzte, dass „Hessen mobil“ auf Anfrage mitgeteilt habe, dass derzeit Mäharbeiten in dem Bereich durchgeführt werden von der Firma, die auch die Anpflanzungen vorgenommen habe.

2. Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass seine Fraktion mit der Beantwortung zu der Anfrage nach dem Energiekonzept nicht einverstanden sei. In der Beantwortung sei eine Prioritätenliste aufgeführt, wobei bisher keine der angesprochenen Maßnahmen angegangen worden seien. Die Empfehlungen der Projektstudie zum Umweltschutz sei nur unvollständig umgesetzt worden. Lediglich der hydraulische Abgleich der Heizungen sei im Sommer 2011 erfolgt. Die übrigen Maßnahmen seien nur aufgelistet und ein möglicher Zeitpunkt der Ausführung nicht erkennbar.
Bezüglich des beantragten Energiekonzeptes werde auf die Anfrage mitgeteilt, dass dieser Tagesordnungspunkt auf die nächste Ausschusssitzung komme. Seine Fraktion hätte sich hier allerdings eine zügigere Aufnahme vorgestellt.
Der Hessische Verwaltungsgerichtshof habe die im Regionalplan ausgewiesenen Windkraftvorratsflächen für nichtig erklärt. Daher müsse die Gemeinde dringend vor Aufstellung des neuen Regionalplanes Flächen ausweisen.
Seine Fraktion halte es für falsch, das Augenmerk lediglich auf Flächen innerhalb der Gemeindegrenzen zu legen.
Seine Fraktion wünsche sich von dem Bürgermeister, dass er hier eine klare Prioritätensetzung vornehme.
Bürgermeister Eidam erklärte, dass er gerne bereit sei, dieses Thema noch einmal aufzugreifen, wenn der Fraktion der SPD die Beantwortung der Anfrage nicht ausreichend sei. Natürlich sei das ganze Thema „Energiekonzept“ sehr umfangreich und müsse auch mit dem aktuellen Antrag auf Einrichtung eines Energiebeirates gesehen werden.
Die Gemeinde versuche, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln diesem Thema gerecht zu werden. So habe die Verwaltung sich mit dem Thema „Nahwärmekonzept“ bereits auseinandergesetzt, ebenso wie mit dem Thema „Windpotenzial“. Allerdings gebe es in der Gemeinde aufgrund der topographischen Lage keine günstigen Windeingangsbedingungen. Darüber hinaus verfüge die Gemeinde über keine Flächen, die annähernd geeignet seien. Grundsätzlich sei das Thema „Energie, deren Nutzung und Konzeption“ in der laufenden Bearbeitung, wobei einiges, wie in der Beantwortung zu sehen, bereits umgesetzt wurden.

Auch mit den Stadtwerken Marburg stehe man bezüglich dieses Themas in engem Kontakt.

3. Der Vorsitzender der Gemeindevertretung gab folgende Termine bekannt:
- | | |
|---------------------------|---|
| 04., 05.08.2012 | Dorfmarkt in Wenkbach, |
| 01.09.2012, ab 14.00 Uhr, | 36. Allgemeine Jungtierschau des KZV,
Vereinsheim an der Allna, Niederweimar |
| 20.08.2012 | Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport, |
| 21.08.2012 | Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, |
| 22.08.2012 | Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss, |
| 30.08.2012 | Gemeindevertretung |

Ende der Sitzung: 20.35 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach